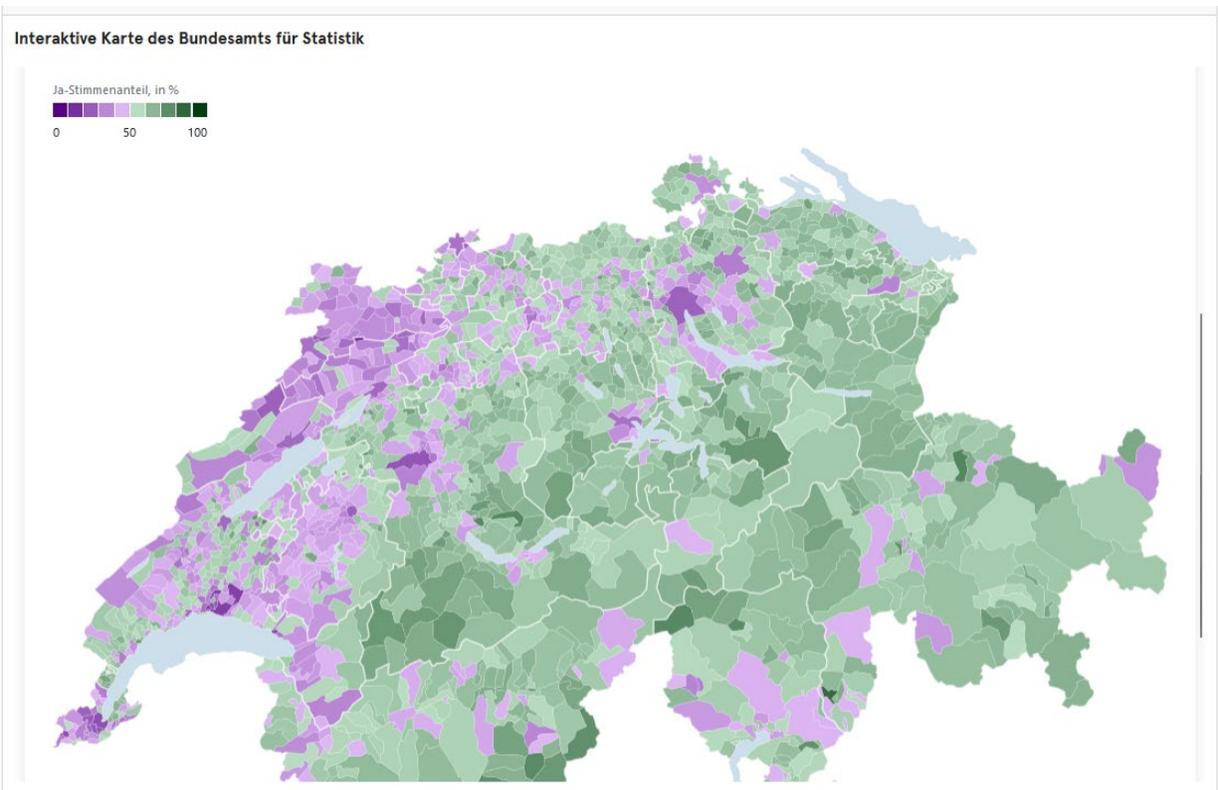


1. Der Artikel scheint unter «politischer Kultur» eher «politischen Stil» zu verstehen (wie werden Lösungen gesucht und gefunden, wie werden diese diskutiert); Macht und Ideologie scheint im Artikel entgegen der politischen Kultur zu stehen. Aber ideologische Werteeinstellungen sind in einem politikwissenschaftlichen Sinne eigentlich schon unter politische Kultur zu zählen.
2. In der Politikwissenschaft (bzw. der politischen Soziologie) wird unter «politische Kultur» die «Gesamtheit der Werte, Glaubensüberzeugungen und Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Politik und politischen Objekten» verstanden. Politischer Stil ist nicht das gleiche wie politische Kultur in diesem politikwissenschaftlichen Verständnis. Es könnte höchstens argumentiert werden, dass es gemeinsam geteilte Werte gibt, die einen bestimmten Stil fundieren. Aber das wird im Artikel eher nicht ausgeführt.
3. Eine Definition kann nicht besser oder schlechter sein, nur mehr oder weniger nützlich. In gesellschaftlichen Debatten darf man Begriffe brauchen, ohne sie vorher zu definieren (allenfalls leidet die Präzision von Argumenten; Sprache kann missverständlich werden). In der Wissenschaft braucht es aber diese Präzision. Deshalb ist es hier wichtig, zu definieren, wie und wofür Begriffe verwendet werden.

Übung 2

Bei den eidgenössischen Abstimmungen vom 24. November 2024 zeigte sich bei den beiden Referendum gegen die Mietrechtsrevisionen folgendes Bild



Quelle: <https://swissvotes.ch/vote/675.00>

Die Karte legt nahe, dass das Referendum in städtischen Gemeinden mehr Erfolg hatte (größerer Nein-Anteil) hatte als auf dem Land. Dies ist ein Makrozusammenhang. Was würde Coleman dazu sagen? Finden Sie eine Mikrofundierung für diesen Makro-Zusammenhang!

Die Mikrofundierung kann natürlich nur hypothetisch sein. Es kann beispielsweise vermutet werden, dass sich Menschen, die in einer Stadt wohnen, eher in Mietverhältnissen leben und sich dadurch von den Änderungen eher betroffen fühlen als Menschen, die auf dem Land (in Eigenheimen) wohnen.

Eine andere Vermutung könnte sein, dass Menschen, die in der Stadt wohnen, eher links-grüne Ideologien mittragen und deshalb gegen die eher bürgerlichen Mietrechtsrevisionen, gegen die von links das Referendum ergriffen wurde, gestimmt haben.

Wichtig ist, dass es lediglich Vermutungen sein können, mit denen ein Makro-Zusammenhang fundiert werden kann. Diese Hypothesen müssten (z.B. mittels Umfragen) auf der Mikroebene untersucht werden.

Übung 3

Im Vorfeld der eidgenössischen Abstimmungen vom 24. November 2024 wurden Umfragen durchgeführt, mit denen die Abstimmungsresultate prognostiziert werden sollten.

Die Umfragen von LeeWas (1. Welle 7 Wochen vor Abstimmung; 2. Welle 2 Wochen vor Abstimmung) sowie von gfs (1. Welle am 5. Oktober; 2. Welle am 7. November) können mit den tatsächlichen Abstimmungsresultaten verglichen werden.

	LeeWas 1	LeeWas 2	gfs 1	gfs 2	Resultat
Vorlage					
Autobahn-ausbau	56%	49%	51%	47%	47.3%
Mietrecht (Untermiete)	47%	46%	59%	50%	48.4%
Mietrecht (Eigenbedarf)	43%	41%	49%	44%	46.2%
EFAS	38%	46%	61%	54%	53.3%

Ja-Anteile in %; grau unterlegt: entspricht nicht dem effektiven Resultat; Quellen: <https://leewas.ch/referenzen>; <https://www.gfsbern.ch/de/news/1-srg-trendumfrage-zur-eidg-abstimmung-vom-24-november-2024/>; <https://www.gfsbern.ch/de/news/2-srg-trendumfrage-zur-eidg-abstimmung-vom-24-november-2024/>; <https://swissvotes.ch/votes?page=0>

Wie lässt sich die Abweichung zwischen Umfrage und effektivem Resultat erklären?

Umfragen vor Wahlen oder Abstimmungen sind lediglich Momentaufnahmen. Als Prognosen können sie nicht dienen, wenn sie sich auf Wissenschaftlichkeit berufen: Aus einem kritisch-rationalistischen Wissenschaftsverständnis sind Prognosen nicht möglich. Zudem sind die Methoden (Gewichtungen) solcher Umfragen oft nicht intersubjektiv nachvollziehbar, was sie ebenfalls unwissenschaftlich macht.

Freilich sind Umfragen interessante Medienanhänger und die Befragungsinstitute prahlen gerne mit ihrer Vorhersagegenauigkeit.

Die Abweichung dürfte durch verschiedene Probleme erklärt werden können:

- Momentaufnahmen entsprechen nicht dem Meinungsbild bei den definitiven Abstimmungen (die Meinungen können sich im Laufe der Kampagnen theoretisch noch ändern)
- Die Stichprobe der Umfragen (meist opt-in mit intransparenten Gewichtungen) dürften eher nicht repräsentativ sein und deshalb kaum Rückschlüsse auf die gesamte Stimmbevölkerung zulassen;
- Umfragen haben häufig ein Problem mit sozialer Erwünschtheit und vor allem mit non-response; es könnte sein, dass die verschiedenen Lager (Ja/Nein) unterschiedlich an Umfragen teilnehmen (z.B. Menschen, die in einer Stadt leben eher als Menschen, die auf dem Land leben, etc.).

Übung 4

Rund zwei Wochen vor den eidgenössischen Abstimmungen am 24. November 2024 wurden zwei Umfragen durchgeführt – von LeeWas und von gfs (vgl. Materialien).

1. Schauen Sie sich die beiden Umfragen einmal etwas genauer an und kritisieren Sie aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive die folgenden Punkte:
 - Befragungsart / Befragungsmethode
 - Stichprobe
 - Soziale Erwünschtheit
 - Plausibilität der Resultate
 - Probleme
2. Gibt es in der Umfragen Variablen, mit denen «politische Kultur» gemessen wird?
3. (Wozu) braucht es überhaupt Umfragen vor Abstimmungen?

	Gfs (https://cockpit.gfs-bern.ch/de/cockpit/trend_w2_24112024/)	LeeWas (https://leewas.ch/wp-content/uploads/2024/11/Bericht_Welle_2_Adobe.pdf)
Befragungsart / Befragungsmethode ¹	Opt-in (Webportale) und CATI	Online? Unklar (vermutlich opt-in)
Stichprobe ²	CATI: 1'207 / Opt-in: 9'151 «Stichprobenfehler» +/- 2.8% Landesteile 28.10.-7.11. (recht lange)	11'961 Stichprobenfehler +/- 1.6% 6.-7.11 (kurze Zeit)
Soziale Erwünschtheit ³	Opt-in (und CATI)	Opt-in
Plausibilität der Resultate ⁴	Die Art der Gewichtung wird zwar benannt (Dual-Frame, Sprache, Siedlungsart, Parteilafinität, Recall, Teilnahme), es bleibt aber unklar, wie genau gewichtet wurde. Immerhin werden im Anhang einige Elemente erklärt.	Die Art der Gewichtung bleibt im Dunkeln. Es gibt immerhin einen ausführlichen Methodenbericht (im Internet auffindbar); auch dort bleibt die genaue Gewichtungsmethode aber Geschäftsgeheimnis.
Probleme ⁵	Opt in (mitmachen kann, wer will; keine Zufallsstichprobe - unklar)	Opt in (mitmachen kann, wer will; keine Zufallsstichprobe)
Variablen zur Messung von Politischer Kultur?	Nein	Nein

¹ Unterschieden werden kann zwischen face-to-face Befragung, telefonischer Befragung (CATI) und Online-Befragung. Die Verfahren haben unterschiedliche Vor- und Nachteile.

² Grundsätzlich gilt: je grösser eine Stichprobe, desto verlässlicher sind die Angaben. Allerdings ist dies natürlich stark abhängig von der Befragungsart. Viele Befragte zu haben, die aber nicht zufällig auszuwählen, ist kein Gütekriterium. Wichtig ist die Angabe des Stichprobenfehlers, der bezogen auf die gesamte Umfrage gilt (ein Stichprobenfehler von +/- 2 Prozentpunkten bedeutet also, dass ein Ja von 49%

sowohl 47% als auch 51% bedeuten kann. Bei knappen Angaben sollte man sich also noch stärker hüten, eine Prognose abzugeben. Wichtig ist auch die Befragungsdauer und der Befragungszeitpunkt. Hier läuft man immer Gefahr, Ereignisse mitzumessen, die sich allenfalls während dieser Zeit ergeben und dann zu Schwankungen im Antwortverhalten führen können (z.B. Wahl von Donald Trump bei der ersten Welle).

³ Im Schnitt nimmt etwas weniger als die Hälfte der Stimmberechtigten an Abstimmungen teil. Bei Umfragen zeigt sich hingegen jeweils eine Beteiligung von bis zu 80%. Das bedeutet nicht unbedingt, dass die Befragten lügen, sondern vermutlich eher, dass an Umfragen teilnimmt, wer auch an Abstimmungen teilnimmt (wer sich nicht für Politik interessiert, wird sich wohl auch einer solchen Umfrage eher verweigern; dies gilt insbesondere bei opt-in, vgl. nachfolgend). Diese Verweigerungsrate wird hier aber nicht angegeben.

⁴ Die Umfragen wurden gewichtet. Es haben mit grosser Wahrscheinlichkeit zu viele interessierte Befragte und wohl eher links-grün orientierte Menschen teilgenommen (das hat auch mit dem opt-in-Verfahren zu tun; vgl. nachfolgend). Das bedeutet, dass die Umfrage nicht auf einer repräsentativen Stichprobe beruht und die Befragten, die zu wenig häufig in der Stichprobe sind (in der Regel: ältere und ganze junge Personen; Sympathisant.innen rechter Parteien) in ihrem Antwortverhalten stärker berücksichtigt (eben gewichtet) werden müssen. Dafür gibt es zahlreiche verschiedene Methoden. Eine Gewichtung ist nicht per se schlecht, sie basiert aber auf Annahmen, die eigentlich vorher getestet werden müssten (z.B. das Abstimmungsverhalten unterschiedlicher Altersgruppen, unterschiedlicher Parteisympathisant.innen etc.). Auch deshalb müssen die Resultate mit viel Zurückhaltung interpretiert werden. Die Umfragen geben zwar an, dass sie gewichten, nicht aber mit welchem Verfahren. Das ist nicht wissenschaftlich, weil die intersubjektive Nachvollziehbarkeit damit nicht gegeben ist.

⁵ Die Umfrageforschung muss sich zahlreichen Herausforderungen stellen. Dazu gehört vor allem auch Wirtschaftlichkeit. Zwar würden face-to-face oder CATI-Befragungen mit Zufallsstichproben wohl valide Befragungsdaten liefern (wobei auch die keine reinen Zufallsstichproben generieren würden), diese sind aber auch wesentlich teurer als Online-Umfragen. Bei Online-Umfragen gibt es so genannte Panels, bei denen darauf geachtet wird, dass die Befragten möglichst repräsentativ in der Umfrage verteilt sind (allerdings beruhen diese häufig nicht auf einer aus wissenschaftlicher Perspektive eigentlich notwendigen Zufallsauswahl, sondern auf Quotenverfahren und auf Belohnungssystemen – wer mitmacht, kriegt eine Belohnung). Deshalb kosten auch diese Online-Panels Geld. Am günstigsten sind opt-in-Verfahren. Auf Plattformen (bei LeeWas sind das die TAMedia-Online Portale bei gfs die SRG-Seiten) werden Leute zum Teilnehmen an der Umfrage aufgefordert und geben dann häufig auch die Erlaubnis, dass sie bei ähnlichen Umfragen wieder kontaktiert werden dürfen. Man kann sich leicht vorstellen, dass Menschen, welche diese Seiten nutzen (und ihr Einverständnis geben), ein anderes Profil haben als Menschen, die diese Seiten eher nicht nutzen. Dies ist dann aber ein ziemliches Problem für die Repräsentativität (die dann eben durch Gewichtung quasi im Nachhinein wieder hergestellt werden muss). Diskutieren liesse sich auch die fehlende Kontextualisierung (in unterschiedlichen Kantonen könnten Vorlagen unterschiedliche Bedeutung haben).

Braucht es überhaupt Umfragen vor Abstimmungen und Wahlen?

Die Antwort auf diese Frage ist nicht einfach. Aus wissenschaftlicher (kritisch-rationalistischer) Perspektive sind Umfragen als Prognoseinstrumente komplett ungeeignet. Wissenschaftler.innen können keine Prognosen stellen (höchstens Vermutungen anstellen, die nachträglich überprüft werden können). Phänomene können aus dieser Perspektive eigentlich lediglich retrospektiv beschrieben werden.

Allerdings liefern uns solche Umfragen interessante Einblicke in die Phase der Kampagnen vor Wahlen. Als Momentaufnahmen in der Kampagnenphase sind auf wissenschaftlichen Grundlagen durchgeführte Umfragen also durchaus auch für die Wissenschaft von Interesse.

Kommt dazu, dass die Medien (und die interessierte Öffentlichkeit?) an solchen Umfragen interessiert sind. Immer häufiger nutzen auch die verschiedenen Kampagnenkomitees die Umfragen, um ihre Kampagnen anzupassen. Mit Umfragen kann man also wohl auch Geld verdienen.

Aus einer partizipatorisch-demokratiethoretischen Perspektive kann zudem begrüsst werden, dass jedwede mediale Berichterstattung über Abstimmungen und Wahlen das politische Interesse steigern kann. Dies dürfte zu einer höheren politischen Aufmerksamkeit, zu Anreizen für mehr Information und schliesslich zu einer höheren Partizipation führen.